

Niederschrift



Gremium: **47. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses**
Sitzungsdatum: **Dienstag, den 26.11.2013**
Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**
Beginn: 14:30 Uhr Ende: 17:07 Uhr

Stellvertreter des Landrats Strehle eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer
Max Strehle

Mitglieder:

Manfred Buhl
Renate Durner entschuldigt
Sabine Grünwald ab 14:41 Uhr
Sabine Höchtl-Scheel bis 16:29 Uhr
Peter Högg
Gabriele Huber
Karl Heinz Jahn
Alexander Kolb
Paul Reisbacher
Dr. Max Stumböck
Frank Weiher

Vertreter:

Ulrike Höfer Vertretung für Carolina Trautner
Bernd Müller Vertretung für Bernhard Walter, bis 15:21 Uhr
Robert Steppich Vertretung für Annemarie Finkel

Verwaltung:

Armin Falkenheim
Manfred Merz zu TOP 2
Michael Püschel
Frank Schwindling (zu TOP 8)
Kerstin Zoch

Weitere Anwesende:

Konrad Maurer, Ministerialbeauftragter für die Berufl. Oberschule (zu TOP 1)
Gisela Mahnkopf, Kreisheimatpflegerin (zu TOP 9)

Schriftführerin:

Ulla Berger

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Fachoberschule im südlichen Landkreis;
Probeweisung für 2014/15
Vorlage: 13/0337
2. IT-Ausstattung der Schulen des Landkreises;
Planung 2014
Vorlage: 13/0339
3. Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen;
Raumprogramm
Vorlage: 13/0340
4. Verschiedenes
5. Wünsche und Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

7. Leonhard-Wagner-Schulen Schwabmünchen;
Busausfahrt Breitweg
Vorlage: 13/0343

Kreisrat Buhl sieht keine Notwendigkeit darin, den TOP „Busausfahrt Breitweg bei den Leonhard-Wagner-Schwabmünchen“ nichtöffentlich zu behandeln. Bisher habe man hierüber immer offen und auch öffentlich diskutiert. Falls es mit der Verteilung der Kosten Probleme gebe, könne dieser Punkt dann noch nichtöffentlich angehängt werden.

Der Schul- und Kulturausschuss erklärt sich damit einverstanden, den Punkt in öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Öffentliche Sitzung

TOP 1	Fachoberschule im südlichen Landkreis; Probeneinschreibung für 2014/15 Vorlage: 13/0337
--------------	--

Anlagen: Vordruck Probeneinschreibung 2011

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 28.1.2013 hatte die Stadt Bobingen den Landrat gebeten, die Initiative zur Ansiedlung einer Fachoberschule Gesundheit in Bobingen aufzugreifen und die Angelegenheit in den zuständigen Gremien des Landkreises zu diskutieren.

In der Sitzung vom 19.3.2013 (Vorlage Nr. 13/0054) wurde der Vorschlag der Stadt Bobingen ausgiebig diskutiert und folgender Beschluss gefasst:

"Der Schul- und Kulturausschuss unterstützt die Initiative zur Ansiedlung einer Fachoberschule Gesundheit im Landkreis Süden. Landrat und Verwaltung werden aufgefordert, zeitnah die entsprechenden Gespräche zu führen."

Am 2.5.2013 wurde im Kultusministerium mit den zuständigen Stellen und unter Beteiligung der Vertreter der Stadt Bobingen, Stadt Königsbrunn und Stadt Schwabmünchen die Frage einer Fachoberschule für Gesundheit erörtert. Das Kultusministerium verwies darauf, dass es sich hier lediglich um einen Versuch handelt, der in Bayern an wenigen Standorten in diesem Jahr durchgeführt wird. Die zusätzliche Fächergruppe Gesundheit wird angeboten, um zu klären, ob die hohe Nachfrage an Schülern im Bereich Soziales dadurch differenzierter aufgeteilt werden kann. Am Ende des Gespräches bot das Kultusministerium an, dass auf Antrag des Landkreises eine erneute Probeneinschreibung erfolgen kann. Diese soll klären, ob für eine Fachoberschule im Süden des Landkreises Augsburg ein ausreichendes Schülerpotenzial haben könnte. Das Kultusministerium empfahl dabei, die klassischen Zweige (Wirtschaft, Soziales, Technik) möglichst für einen Standort im südlichen Landkreis bei der Probeneinschreibung abzufragen.

Die Vertreter der Stadt Bobingen, Königsbrunn und Schwabmünchen wurden gebeten, sich auf einen Standort zu verständigen.

Mit Schreiben vom 10.9.2013 bat Herr Landrat Martin Sailer die Bürgermeister der Städte Bobingen, Königsbrunn und Schwabmünchen um Nachricht bis Ende September 2013, ob und gegebenenfalls auf welchen Standort sich die drei Kommunen verständigen. Bisherige Zwischennachrichten der einzelnen Kommunen lassen erkennen, dass man sich bisher noch nicht auf einen einzigen Standort verständigen konnte.

Damit das Verfahren zur Probeneinschreibung rechtzeitig in Gang kommen kann, die Probeneinschreibung erfolgt im Zeitraum Februar/März 2014, muss nun der Landkreis Augsburg beim Ministerialbeauftragten für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Südbayern den Antrag stellen, eine Probeneinschreibung durchzuführen. Für die Probeneinschreibung selbst wurde 2011 der beigelegte Vordruck verwendet.

Der Ministerialbeauftragte wird in der Sitzung anwesend sein.

Finanzielle Auswirkungen: <input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr: <input type="checkbox"/> im Verw.HH: <input type="checkbox"/> im Verm.HH: HhSt. HhSt. € €	
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten): €	Jährliche Folgekosten/ Folgelasten: <input type="checkbox"/> keine €	Gesamtfinanzierung Eigenanteil: €	Gesamtfinanzierung Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.): €

Bemerkungen:

Herr Falkenhein erläutert den Sachverhalt.

Herr Maurer legt dar, es gebe beim Anblick der Schülerzahlen wenig Anlass zu der Vermutung, dass das Ergebnis der Probeeinschreibung ein anderes sein werde als 2011. Die Zeiten mit exorbitanten, zweistelligen Zuwachsraten von 10 % und mehr seien im Bereich der Fach- und Berufsoberschule vorbei. Er habe in seinem Bezirk in den letzten drei Jahren einen Rückgang von 3,6 % bei den staatlichen Schulen gegeben. Bei den kommunalen Schulen betrage der Rückgang 0,6 %. Zuwächse gebe es noch bei den Privatschulen, wobei dies mit Neugründungen zu erklären sei. Der Drang, neue Fachoberschulen auf privater Basis zu gründen, sei nach wie vor ungebrochen.

Insgesamt seien die hohen Zuwachsraten somit einer Stabilisierung auf dem jetzt angelangten hohen Niveau gewichen. Dies gelte auch für die FOS in Augsburg mit einem Rückgang von 2,6 %, die damit im Trend liege.

Stellvertreter des Landrats Strehle teilt mit, die Intention einer eigenen Fachoberschule im südlichen Landkreis sei daraus abgeleitet worden, dass die FOS in Augsburg hoffnungslos überfüllt gewesen sei. Es sei damals das Ansinnen gewesen, aus einer Außenstelle heraus eine selbständige Schule entwickeln zu können. Die Frage sei, ob die räumlichen Verhältnisse in Augsburg inzwischen gelöst werden konnten.

Herr Maurer teilt mit, dass mittlerweile keine Wanderklassen mehr vorhanden sind. Die FOS Augsburg komme mit ihrer räumlichen Ausstattung wieder zurecht. Dies sei auch dadurch erreicht worden, dass eine Berufsoberschule an den bestehenden Fachoberschulen in Friedberg und Neusäß angegliedert wurde. Das Argument einer räumlichen Entlastung der FOS in Augsburg gebe es damit nicht mehr.

Kreisrat Müller stellt fest, dass Herr Maurer hier verständlicherweise die Stellungnahme des Ministeriums abgebe. Er sei beim Gespräch am 02.05. dabei gewesen. Der Wille des Kultusministeriums, Schulneugründungen zu machen, sei mit dem Hinweis auf die Finanzen äußerst verhalten gewesen. Es habe sich damals um ein Angebot gehandelt, um die Entlastung in Augsburg, die Herr Maurer in schillerndsten Farben an die Wand gemalt habe, herbeizuführen. Man habe einerseits der FOS in Augsburg etwas Gutes tun und zum anderen den Landkreis Augsburg als Bildungslandkreis mit der Ansiedlung einer Fachoberschule im südlichen Landkreis bekräftigen wollen. Der Ansatz sei damals der Bereich Gesundheit gewesen. Richtigerweise sei auch dargestellt worden, dass dies ein auf fünf Jahre angelegtes Pilotprojekt sei und das Ministerium erst nach diesen fünf Jahren weiter sehen wolle. Des-

wegen sei die Aussage der betreffenden Herren gewesen, dass diese Frage nur mit einer sogenannten klassischen Einschreibung beantwortet werden könne.

Nichts desto trotz sei auch darauf hingewiesen worden, dass es wenig Sinn mache, wieder mit mehreren Standorten in die Probeeinschreibung zu gehen, sondern dass man sich auf einen Standort konzentrieren und ganz gezielt eine Umfrage machen sollte, ob sich an diesem Standort – möglichst im südlichen Landkreis – ein entsprechendes Schülerpotenzial ergebe. Es wäre nett gewesen, wenn Herr Falkenhein auch darauf hingewiesen hätte, dass der Landrat sich mit Schreiben vom 10.09. an die Bürgermeister gewandt habe. Er selbst sich die Woche darauf an seine Kollegen in Schwabmünchen und Königsbrunn gewandt mit der Bitte, eine gemeinsame Standortinitiative in Bobingen zu unterstützen. Eine Abschrift des Schreibens habe der Landrat erhalten. Die Situation in Bobingen habe sich seit Januar wenig verändert. Deswegen sei es abermals auch die Intention der Stadt Bobingen, sich als Standort ins Gespräch zu bringen.

Zur Frage der Prognosen verweist Kreisrat Müller auf die heute ebenfalls auf der Tagesordnung stehende gymnasiale Raumsituation. Man könne nicht nur den Prognosen über Schülerzahlentwicklungen vertrauen. Fakt sei, dass neue Schulen eine entsprechende Nachfrage generieren. Wenn der Landkreis Bildungslandkreis werden wolle, dann müsse er auch attraktiv für Familien und junge Leute sein.

Sollte eine entsprechende Einschreibung für einen Standort im südlichen Landkreis positiv verlaufen, sei ihm nicht darum bange, dass diese Schule auch lebensfähig sei, so Kreisrat Müller. Augsburg habe von sich heraus genügend Potenzial, um seine eigene Fachoberschule mit BOS entsprechend zu bestücken.

Kreisrat Müller teilt mit, er habe hinsichtlich der Frage des Standorts mit beiden Bürgermeisterkollegen intensiv gesprochen. Diese hätten ihm zugesichert, die Angelegenheit in ihren Gremien zu besprechen. Über das Ergebnis dieser Gespräche könne er heute nichts sagen. Hierüber müssten die beiden Bürgermeisterkollegen, die heute nicht da seien, entsprechend berichten. Er habe die Aussage des Ministeriums so verstanden, dass man sich eine erneute Probeeinschreibung an drei Standorten sparen könne, da diese kein tragfähiges Ergebnis bringen würde. Es sollte deshalb ein Standort angeboten werden.

Kreisrat Müller erklärt, er könne an dieser Stelle als Kreisrat aber auch für die Stadt Bobingen nur dafür werben, sich für einen Standort und dabei möglichst für Bobingen zu entscheiden. Kreisrat Müller betont weiter, er traue den staatlicherseits gegebenen Schülerprognosen nicht, sondern den Fakten. Die Fakten würden dann entstehen, wenn man entsprechende Schulen habe. Als Beispiel führt Kreisrat Müller das Gymnasium Diedorf an, für das ebenfalls niedrigere Schülerzahlen prognostiziert wurden. Jedes Gymnasium, das man auf der Tagesordnung aufrufe, habe einen Raumbedarf. Er sei der Meinung, dass eine zusätzliche Fachoberschule für die Region Augsburg und für den Landkreis nur ein Gewinn wäre.

Kreisrat Buhl teilt mit, er sei bei der Frage des Standortes völlig neutral, auch wenn sich Königsbrunn unter den Bewerbern befinde. Seine Auffassung sei es bzw. sei es immer gewesen, dass die Schule dort entstehen solle, wo die Kinder seien, dass also die Schule zu den Kindern komme und nicht umgekehrt. Deshalb sollte man doch mit mehr Standorten in die Bewerbung gehen. Erst dann stelle sich durch das Abstimmungsverfahren heraus, welcher Standort der bessere sei. In Königsbrunn habe man hierüber in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert. Er habe zweimal dafür plädiert, dies öffentlich zu diskutieren und es sogar bei der Rechtsaufsicht im Landratsamt probiert, die der Stadt Königsbrunn noch den Rücken gestärkt und erklärt habe, dies könne man im Zweifel auch nichtöffentlich diskutieren. Als Grund sei ins Feld geführt worden, dass vielleicht böse Worte gegenüber den Nachbarorten fallen könnten.

Alle hier hätten einerseits den Willen, im Süden des Landkreises eine FOS zu erhalten, weil dies ein wichtiger Standortfaktor für den Landkreis wäre. Andererseits müsse man als Schulaufwandsträger aber auch die Kosten im Blick haben. Kreisrat Buhl erklärt, sein Herz schla-

ge klar für eine FOS im Süden, wenn es die Zahlen denn hergeben. Deshalb sollte man durchaus nochmals eine Probeeinschreibung machen. Im Falle einer Schule in Königsbrunn wäre der Weg über den Lech für die südlichen Bereiche des Landkreises Aichach-Friedberg vielleicht gar nicht so weit, da auch die FOS in Friedberg schon unter den Schülerzahlen ächze. Dies würde die Chancen für eine FOS im Süden des Landkreises unter Umständen massiv befördern.

Stellvertreter des Landrats Strehle meint, dass es Sinn machen würde und sicherlich erfolgversprechender wäre, wenn man sich auf einen Standort verständigen könnte. Die Gremien in Schwabmünchen und Königsbrunn wollten sich erst in der nächsten Woche damit auseinandersetzen. Die Beschlussfassung sollte diesbezüglich deshalb offen gelassen werden. Er gebe dem Kollegen Müller dahingehend Recht, dass bei einem neuen Standort dann auch ein höheres Potenzial an Schülern zuwachse. Dies habe man in Zusmarshausen bei der Gründung der Realschule erfahren. Zunächst habe man keine Möglichkeit gesehen. Dann sei eine Außenstelle errichtet und aus der Außenstelle eine Realschule geworden. Diese sei übervoll. Genauso sei es in Diedorf gewesen. Seit der Gründung des Gymnasiums seien dort schon weit mehr Schüler, als man dies jemals gedacht habe. Sollte sich in den Wochen vor Weihnachten noch ergeben, dass man sich auf einen Standort einige, so könne dieser eingesetzt werden. Sollte dies nicht der Fall sein, dann sollte noch einmal der Versuch mit allen drei Standorten unternommen werden.

Kreisrätin Huber führt an, sie könne sich nur dem vehementen Plädoyer aus dem Süden anschließen. Man wolle aus den genannten Argumenten unbedingt eine Fachoberschule. Es gebe sehr viele, die die Hochschulreife nicht über den klassischen Weg über das Gymnasium erreichen. Im Süden des Landkreises könnten auf Dauer entsprechend viele Schüler generiert werden. Zudem würden auf Dauer zusätzliche Schüler zulaufen. Dies sehe man an Diedorf. In Schwabmünchen solle in der Stadtratssitzung am 3. Dezember hierüber abgestimmt werden, so Kreisrätin Huber. Es gebe inzwischen eine verstärkte Meinungsbildung. Dem Vorschlag des Vorsitzenden, die Standorte im Beschluss noch offen zu lassen, würde sie daher gerne zustimmen. Sinnvoller wäre es, wenn man sich vielleicht doch allmählich einem Standort zuneigen könnte.

Auch wenn der Schulversuch mit dem Thema Gesundheit erst in fünf Jahren beendet sein werde, dürfe man dies im Hinblick auf die Wertachkliniken, das Klinikum und im Hinblick auf die Thematik der immer älter werdenden Menschen nicht aus den Augen verlieren. Falls es jemals wieder irgendeine Lücke gebe, dann müsse man diese unbedingt nutzen.

Auf Nachfrage von **Stellvertreter des Landrats Strehle** berichtet **Herr Maurer**, dass im letzten Frühjahr erstmals eine Einschreibung für diese neuen Standorte gelaufen sei. Es gebe zwei parallele Schulversuche in zwei neuen Ausbildungsrichtungen. Das eine sei die Ausbildungsrichtung Gesundheit (Abspaltung von Sozialwesen), das andere sei die Ausbildungsrichtung Internationale Wirtschaft (Abspaltung von der traditionellen Wirtschaft). Für jeden dieser Versuche gebe es drei Standorte in Bayern, in Südbayern – also in seinem Bezirk – jeweils einen. Die Internationale Wirtschaft sei in Augsburg und in die Schülerzahlen schon eingerechnet. Die Ausbildungsrichtung Gesundheit befinde sich in Neu-Ulm. Der Unterricht sei erstmals im September angelaufen. 2015 werde man die erste Fachabiturprüfung in den neuen Ausbildungsrichtungen haben. Das Interesse in Augsburg für die Internationale Wirtschaft sei sehr groß gewesen. Man hätte auch mehr als zwei Klassen bilden können. Es sei jedoch eine Vorgabe des Finanzministers gewesen, dass durch die neuen Ausbildungsrichtungen auf keinen Fall Mehrkosten entstehen dürfen. Die Nachfrage in Neu-Ulm sei nicht ganz so groß gewesen. Aber auch dort seien die beiden Klassen voll.

Kreisrat Weiher schließt sich seinen Vorrednern an, wonach die FOS im südlichen Landkreis sehr viel Sinn macht und auch das Potenzial dafür da wäre. Er glaube auch, dass schon eine Tendenz zu erkennen sei. Seiner Meinung nach gehe an Bobingen nichts vorbei.

Man wolle aber abwarten, wie die einzelnen Stadträte dahingehend beschließen. Zur Einschreibung als solches stellt Kreisrat Weiher fest, dass nur die bestehenden Fachoberschulen angefragt werden. Viele hätten in diesem Fall gar nicht die Chance, sich unter Umständen für Bobingen einzuschreiben. Oftmals sei der Standort einer Schule ein Entscheidungsgrund. Deshalb müsste man eigentlich die Mittelschulen wie auch die Realschulen und Berufsschulen anfragen.

Kreisrat Kolb erkundigt sich danach, ab welcher Schülerzahl es Sinn macht, eine FOS zu gründen und ob die FOS im südlichen Landkreis bei Zustandekommen der Schülerzahlen zunächst eine Außenstelle von Neusäß oder sofort eine eigenständige Schule wäre.

Herr Maurer teilt mit, dass mindestens 500 Schüler benötigt werden, um eine Fachoberschule vernünftig betreiben zu können. Auch die Schulen, die jetzt bei 700 Schülern liegen, würden in einer Ausbildungsrichtung oft nur eine 13. Klasse zusammen bekommen. Die Masse mache das Fachabitur. Wenn die Schule also zu klein sei, dann habe sie von vornherein keine Chance, eine 13. Klasse einzurichten. Dies mache sie gegenüber benachbarten Schulen, die diese Chance haben, unattraktiv.

Die Frage sei, ob jemand nur dann auf die FOS gehe, wenn diese vor seiner Haustüre sei. Er wisse nicht, ob dies die passende Motivation darstelle. Bei der letzten Probeweinschreibung sei hinreichend bekannt gewesen, dass es Bewerber im Süden von Augsburg gebe. Dass der Umweg, sich über die bestehende Schule anzumelden und sich gleichzeitig in den Süden von Augsburg umzumelden, nicht bekannt gewesen wäre, könne er sich nicht vorstellen, zumal am Ortseingang ein halbes Jahr Plakate standen.

Zur Anzahl der Standorte teilt Herr Maurer mit, dass man natürlich Mehrfachnennungen zugelassen habe. Bei der Ermittlung, wie groß das Potenzial für einen der drei Probestandorte sei, habe man alle Nennungen für jeden Ort zusammengezählt. Für die Auswertung der Zahlen und die Konsequenz, die das Ministerium ziehe, sei die Anzahl der Standorte egal. Die Frage sei eher, wie es bei potenziellen Bewerbern ankomme, wenn man sage, es seien drei Orte im Rennen und man wisse nicht genau, welcher Ort das Rennen machen werde. Daher wäre es besser, sich darauf zu konzentrieren, dass ein Standort nochmals einen weiteren Versuch unternehme. Damit würde man sich auch von der 2011 bereits gelaufenen Maßnahme abheben. Letzten Endes entscheide aber der politische Wille. In der Durchführung sei das eine wie das andere machbar. Die FOS Augsburg habe zwar keine Platzprobleme mehr, würde es aber auch verkraften, wenn sie 200 bis 300 Schüler verliere.

Stellvertreter des Landrats Strehle fragt nach, wie weit man beim letzten Mal von einer positiven Entscheidung weg gewesen ist.

Herr Maurer verweist auf die Problematik, dass nicht jede Anmeldung schon ein Schüler sei. Dies sei auch in allen bestehenden Schulen so. Brutto seien es etwa 200 Schüler gewesen, netto mussten aber 20 – 25 % abgezogen werden, da es Leute gebe, die sich parallel bei der Schule anmelden und für eine Lehrstelle bewerben und sich dann erst kurzfristig entscheiden. Rechne man die 11. und 12. Klasse, dann hätten 50 Schüler mehr gereicht.

Kreisrat Müller möchte zunächst die Aussage von Herrn Maurer relativieren, wonach ein halbes Jahr vor der Probeweinschreibung Plakate aufgestellt wurden. Das Begegnungsland Lechfeld habe die Kampagne sechs Wochen vorher gestartet, nachdem auch die Einschreibemodalitäten klar gewesen seien.

Wenn der Staat die Befragung nicht mache, dann sollte zumindest die Bewerbung durch die Kreispolitik an den bestehenden Realschulen und Gymnasien im südlichen Landkreis forciert werden. Es wäre von Vorteil, einen konkreten Vorschlag am Standort X zu unterbreiten, an dem dann im September mit der Jahrgangsstufe 11 mit zwei Klassen gestartet werden könn-

te. Dieser Standort könne dann sukzessive ausgebaut werden. Vom Platzbedarf her sei dies technisch abbildbar und machbar.

Beim Gespräch mit dem Ministerium seien die Vertreter der Kommunen und auch des Landkreises darauf hingewiesen worden, dass man die Probeeinschreibung wieder an mehreren Standorten machen könne. Die Frage sei aber gewesen, ob es sinnführend sei, weshalb ein konkretes Angebot in den Raum gestellt werden sollte. Je nachdem, wie das Ergebnis ausgehe, sei dies von allen Beteiligten dann auch zu akzeptieren. Der vom Vorsitzenden formulierte Vorschlag sei sinnvoll. Die drei Städte sollten bis 18. Dezember aufgefordert werden, eine entsprechende Erklärung für ihren Standort abzugeben. Sollten alle drei Stadträte einen Standort haben wollen, dann müsse man die Probeeinschreibung eben für alle drei Standorte machen.

Stellvertreter des Landrats Strehle hält nochmals fest, dass ein Standort erfolgreicher wäre als drei. Sollte eine Einigung auf einen Standort zustande kommen, dann könne man diesen in die Bewerbung schicken. Sei dies nicht möglich, dann sollte der Schul- und Kulturausschuss dennoch die Empfehlung aussprechen, es noch einmal mit drei Standorten zu versuchen. Das Schreiben der Städte sollte bis zum 31.12. beim Landkreis eingegangen sein.

Kreisrat Kolb weist darauf hin, dass eine FOS oder BOS Gesundheit in den kommenden Jahren auch deswegen immer wichtiger werden wird, weil in Europa oder in Deutschland in den nächsten Jahren viele Ausbildungsberufe nur noch dann ergriffen werden könnten, wenn man einen akademischen Hintergrund habe. In vielen Berufen, bei denen heute ein Realschulabschluss ausreichend sei, reiche dies dann eben nicht mehr. Dann müsse auch Bayern bzw. der Landkreis Vorsorge treffen und den Leuten das passende Angebot unterbreiten, damit diese immer noch ihren Wunschberuf ausüben können.

Kreisrat Buhl kommt zurück auf seine noch unbeantwortete Frage bezüglich des südlichen Landkreises Aichach-Friedberg. Diese Schüler werden nicht alle nach Friedberg gehen müssen, weshalb man den Zirkel vielleicht anderswo einstecken müsse, um ggf. auch über den Lech noch Schüler zu generieren. Er habe Herrn Maurer vorhin außerdem so verstanden, dass es bei einer Befragung egal wäre, ob ein, zwei oder drei Standorte vorgegeben werden.

Hierzu führt **Herr Maurer** an, dass man an die Wirkung auf mögliche Bewerber denken müsse. Für die Auswertung am Schreibtisch spiele die Zahl der Standorte keine Rolle. Was den südlichen Landkreis Aichach-Friedberg betreffe, so gebe es im Fachoberschulbereich keine Sprengelbildung. Wenn ein Schüler in einem anderen Landkreis wohne und der Weg zu dieser Schule für ihn günstiger sei, dann müsse dieser sogar dort hingehen, da die Fahrtkosten jeweils nur zur nächstgelegenen Schule mit dem entsprechenden Angebot erstattet werden. Die Landkreise würden es zwar nicht gern sehen, wenn sie Gastschulbeiträge zahlen müssen. Dies sei aber ein anderes Kapitel.

Zur Terminierung verweist Herr Maurer auf den bereits feststehenden Einschreibzeitraum für das nächste Schuljahr vom 17. bis 28. Februar. Üblicherweise würden ab Januar in den bestehenden Schulen die Informationsabende laufen. Es könnte daher von Vorteil sein, wenn die Schulen, die die Probeeinschreibung durchführen sollen, bei ihren Infoabenden bereits sagen könnten, dass dieses weitere Angebot im Süden des Landkreises zustande komme. Es wäre daher nicht schlecht, wenn man den Antrag noch vor Weihnachten an das Kultusministerium bringen könnte.

Stellvertreter des Landrats Strehle meint, dass in diesem Fall der 18. Dezember als Frist gelten sollte. Bis dahin sollten die Kommunen ihre Entscheidung dem Landkreis zuführen.

Der Schul- und Kulturausschuss fasst folgenden geänderten

Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss befürwortet grundsätzlich die Errichtung einer Fachoberschule im südlichen Landkreis Augsburg.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, beim Ministerialbeauftragten für die Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Südbayern eine Probeeinschreibung für das Schuljahr 2014/15 an den bestehenden Fachoberschulen in Augsburg, Neusäß, Friedberg, Landsberg a. Lech und Bad Wörishofen zu beantragen.
3. Die Probeeinschreibung soll für den Standort...../die Standorte..... erfolgen und die Zweige Wirtschaft, Soziales und Technik umfassen. Die Rückmeldung der Kommunen hat bis zum 18.12.2013 zu erfolgen.
4. Über das Ergebnis der Probeeinschreibung ist im Schul- und Kulturausschuss zu berichten. Die endgültigen Entscheidungen über einen Antrag zur Errichtung einer Fachoberschule im südlichen Landkreis werden nach Vorliegen der Ergebnisse der Probeeinschreibung getroffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	0

TOP 2	IT-Ausstattung der Schulen des Landkreises; Planung 2014 Vorlage: 13/0339
--------------	--

Anlagen: 5-Jahres-Übersicht Ausgaben IT Schulen (Stand: Nov. 2009)
5-Jahres-Übersicht Ausgaben IT Schulen (Stand: Nov. 2013)

Sachverhalt:

Die Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Augsburg werden umfangreich mit EDV ausgestattet. Der Landkreis ermöglicht so einen zeitgemäßen und erfolgreichen Unterricht durch Einsatz der neuen Medien, mit einer an pädagogischen Zielsetzungen orientierten Ausstattung.

In den Empfehlungen des Beraterkreis für Schulrechner des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus, Votum 2013, wird zur IT-Ausstattung von Schulen und den Einsatzgebiete von IT-Systemen in der Schule ausgeführt:

„Bei den Überlegungen zur Beschaffung und bei einer Empfehlung bestimmter Rechnerarten ist daher zu beachten, dass es differenzierte Einsatzgebiete für IT-Systeme gibt:

- Medienerziehung,
- informationstechnische Grundbildung,
- Informatik,
- Datenverarbeitung,
- Informationstechnologie,
- Technisches Zeichnen,
- Textverarbeitung,

- Fachunterricht,
- Multimedia,
- elektronische Informationsbeschaffung.

Dabei wird in Fächern wie Informatik, Datenverarbeitung oder Informationstechnologie in der Regel ein unmittelbarer Computerbezug hergestellt. In anderen Unterrichtsfächern steht die Anwendungsnutzung im Vordergrund. Hier wird in erster Linie der Werkzeugcharakter bzw. der mediale Aspekt des Rechners genutzt (u. a. Nutzung von Standardwerkzeugen, wie z. B. Textverarbeitung, Präsentationssoftware, CAD- und SPS-Programme in gewerblich-technischen Fächern, Warenwirtschaftssysteme in kaufmännischen Fächern, Bild- und Videobearbeitung im Kunstunterricht und in Projekten, pädagogische Software wie etwa multimediale Lernumgebungen).

Zusätzlich erfahren digitale Medien als Informationsquelle, Kommunikationshilfe und für unser alltägliches Tun und Handeln nicht zuletzt durch das Internet eine ständig wachsende Bedeutung. Medienbildung durch Umgang mit digitalen und herkömmlichen Medien muss in der Schule allen Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden. Dabei muss neben dem didaktischen Mehrwert insbesondere eine verbesserte Unterrichtsqualität im Fokus stehen. Die Vermittlung einer kritischen Medienkompetenz erfordert neben der Sachausstattung grundsätzlich auch eine Systematisierung der Medienarbeit an der jeweiligen Schule sowie eine entsprechende Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte.

Zur Vollausrüstung einer Schule sind je nach Umfang der unterrichtsbedingten Rechnernutzung und je nach vorgegebenen Einsatzgebieten Rechnerarbeitsplätze in Fachräumen bzw. den Klassenzimmern, Rechner im Lehrerzimmer sowie beim Einsatz im Klassenverband ein Rechnerraum bzw. mehrere Rechnerräume mit entsprechender Ausstattung nötig. Dabei werden die Arbeitsplätze in das Rechnernetz der Schule integriert (Schulhausvernetzung).“

Der Landkreis Augsburg als Schulaufwandsträger stellt sich dieser Aufgabe seit Jahren in besonderer Weise. Seit Mai 2004 hat der Landkreis begonnen, die schulischen Systembetreuer durch eigenes Personal des Sachgebiets Information und Kommunikation zu unterstützen. In Absprache mit den Schulen wurde die Beschaffung und Ausstattung mit IT Ausstattung weitgehend zentralisiert, was günstigere und einheitlichere Beschaffungen ermöglicht hat. Dabei arbeiten Schulverwaltung und das Sachgebiet Information und Kommunikation eng mit den Schulen zusammen.

Gleichzeitig wurde ein eigenes Schulnetz (VPN) aufgebaut, an das seit 2006 alle Schulen in der Trägerschaft des Landkreises angeschlossen sind. Innerhalb der Schulen wird jeweils ein Schulnetz und ein Verwaltungsnetz betreut. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Sicherheit zum Schutz vor Schäden (z.B. Computerviren etc.) und unzulässiger Nutzungen indizierter Internetseiten. Dazu wurde ein eigenes Sicherheitskonzept für den Betrieb eines Kommunalen Schulnetzes (Schul-VPN) im Landkreis Augsburg verbindlich den Schulen vorgegeben. Die Erstfassung von 2008 wurde im Mai 2013 grundlegend überarbeitet und neu gefasst.

Durch regelmäßige Informationsveranstaltungen für Schulleitungen und den EDV-Betreuer der Schulen, werden diese vom Landkreis als Schulaufwandsträger über anstehende Planungen und Maßnahmen informiert und in anstehende Entscheidungen mit einbezogen.

Die Ersatzbeschaffung der IT-Räume findet inzwischen planmäßig mit einem Erneuerungszyklus von 5 Jahren statt. Damit kann sichergestellt werden, dass jede Schule zeitgemäß ausgestattet ist.

In der Sitzung Schul- und Kulturausschusses vom 24.11.2009 (Vorlage Nr. 09/0251) wurde erstmals eine vollständige Übersicht der Investitionen in die EDV Ausstattung vorgelegt (An-

lage 1). Die damals festgelegten Prioritäten wurden durch den Beschluss des Schul- und Kulturausschuss zur künftigen Ausstattung der Schulen mit digitalen Whiteboards in der Sitzung vom 17.5.2011 (Vorlage 11/0046) fortgeschrieben und wesentlich ergänzt.

Hinsichtlich der Leistungsfähigkeit der Internetanbindung der Landkreisschulen wurde zudem in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 16.9.2013 (Vorlage 13/0254) die Leistungssteigerung von derzeit 18 MBit auf eine 100 Mbit-Verbindung dem zuständigen Ausschuss für Personal, EDV und Organisation zur Ausschreibung empfohlen.

Die erstmals 2009 vorgelegte Zusammenstellung über den Finanzbedarf der IT Ausstattung an den Landkreisschulen wurde, unter Berücksichtigung der seither erfolgten und oben aufgezählten Beschlüsse zur IT Ausstattung der Schulen, fortgeschrieben. Damit wird der nach jetzigem Stand planbare Bedarf für die nächsten 5 Jahre dargestellt. Die für 2014 erforderlichen Mittel werden in der Anmeldung zum Haushalt 2014 berücksichtigt.

Herr Falkenhein informiert über den Sachverhalt.

Stellvertreter des Landrats Strehle stellt fest, dass der Landkreis Augsburg die Zeichen der Zeit rechtzeitig erkannt und sich schon sehr früh für eine verbesserte IT-Ausstattung in seinen Schulen eingesetzt hat. Er dankt diesbezüglich auch Herrn Merz und seinem Team für die geleistete Arbeit.

TOP 3	Paul-Klee-Gymnasium Gersthofen; Raumprogramm Vorlage: 13/0340
--------------	--

Anlagen: 1 Raumprogramm Stand: 7.11.2013

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 19.9.2013 hatte sich der Schulleiter des Paul-Klee-Gymnasiums in Gersthofen an Herrn Landrat Martin Sailer gewandt und auf den sich abzeichnenden zusätzlichen Raumbedarf ab dem Schuljahr 2014/15 hingewiesen. Er bat den Landkreis, zum nächsten Schuljahr 7 Schulraumcontainer einschließlich Sanitäranlagen und einem Geräte-raum zur Verfügung zu stellen.

Bereits in der Sitzung des Schul- und Kulturausschusses vom 28.9.2010 (Vorlage 10/202) hat die Verwaltung für das Gymnasium ein Raumprogramm vorgelegt, das einen Soll-Ist Abgleich enthielt. Unter Zugrundelegung der Schulbauverordnung und der Schülerzahl um 1.000 Schüler ergab sich damals ein ermittelter zusätzlicher Flächenbedarf von ca. 1.200 m². Die Verwaltung wurde beauftragt, das damalige Bauprogramm mit der Regierung von Schwaben als Grundlage für weitere Planungen abzustimmen. Die Abstimmung mit der Regierung von Schwaben ergab, dass der gleichfalls eingeschaltete Ministerialbeauftragte zunächst eine Prognose über die künftige Schülerentwicklung für notwendig hielt. Auf der Grundlage der Schülerprognose vom Mai 2008 wurden ihm entsprechende Informationen zur Verfügung gestellt. Zu einer abschließenden Stellungnahme kam es jedoch bisher nicht.

Im Zuge der Vorbereitung zur Generalssanierung hat inzwischen der Hochbau im Landratsamt das Architekturbüro Schuller und Tham mit der Klärung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen der Generalssanierung beauftragt. Dazu fand Ende August zwischen Hochbau, Schulverwaltung und Architekturbüro ein Abstimmungsgespräch statt. Dieses ergab als Zwischenergebnis, dass ein Flächenfehlbedarf derzeit von rund 726,30 qm besteht, der durch Neuaufteilung der Raumzuschnitte im Rahmen der Generalssanierung und Aufnahme der bereits nicht mehr als solche genutzten Hausmeisterwohnung auf ca. 260 m² reduziert wer-

den kann. Dies dürfte aufgrund der bestehenden Konstruktion des Gebäudes möglich sein. Das Ergebnis dieser Zusammenstellung ist inzwischen der Schulleitung zur weiteren Abstimmung vorgelegt worden.

Aktuell liegt damit ein Fehlbedarf an Flächen von über 720 m² vor. Derzeit sind fünf Schulraumcontainer neben der Sporthalle aufgestellt, so dass sich dieser Raumbedarf um ca. 300 m² reduziert. Verbleibt ein Fehlbedarf von 426 m², was bei ca. 60 m² pro Raum die von der Schule erbetenen 7 Räume ergibt.

Am 25.10.2013 fand im Paul-Klee-Gymnasium eine Besprechung zur Machbarkeitsstudie statt. Teilnehmer waren Vertreter der Schulleitung, der Hochbauverwaltung, der Schulverwaltung und des beauftragten Architekturbüros. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass zum Schuljahr 2014/15 statt der bisher von der Schule für notwendig erachteten 7 Schulraumcontainer zunächst 5 ausreichen dürften.

Darüber hinaus wurde das Raumprogramm noch einmal eingehend mit der Schule abgestimmt. Ergebnis ist das nunmehr vorliegende Raumprogramm (Anlage 1).

Um für die weitere Planung und Kostenberechnung ausreichend Sicherheit zu erlangen, wird es für notwendig erachtet, dieses Schulraumprogramm nun verbindlich mit der Regierung von Schwaben abzustimmen und dafür die notwendige schulaufsichtliche Genehmigung einzuholen.

Der Sachverhalt wird von **Herrn Falkenhein** dargestellt.

Kreisrätin Huber erkundigt sich danach, ob in die Planung auch das Thema „Offene Lernlandschaften“ eingeflossen ist.

Herr Falkenhein teilt mit, dass hierüber diskutiert wurde. In das Raumprogramm könnten die offenen Lernlandschaften jedoch nicht einfließen, da es derzeit keinen Standard in der Schulbauverordnung gebe, wie diese zu berücksichtigen seien. Die Regierung von Schwaben lege anhand der Schulbauverordnung die Quadratmeter und Funktionen fest. Solange die Quadratmeter nicht überschritten werden und sich die Funktionen im Raumprogramm wiederfinden, bestehe ein gewisser Spielraum. Man mache nun zunächst ein Standard-Raumprogramm. Anschließend könne in der Umsetzungsplanung überlegt werden, ob Flächen eventuell im Zuge von Lernlandschaften anders zusammengesetzt werden können. Da es sich in Gersthofen um ein Bestandsgebäude handle, seien die Grenzen eng gesteckt. In der letzten Diskussion sei aber bereits deutlich geworden, dass z. B. bei einer Veränderung der Brandabschnitte Möglichkeiten bestünden, um solche Entwicklungen wie die Lernlandschaften ausreichend zu berücksichtigen.

Kreisrat Reibacher möchte wissen, ob das Raumprogramm bereits ein Präjudiz für die künftige Sanierung der Schule darstellt.

Herr Falkenhein legt dar, dass mit diesem Raumprogramm Planungssicherheit geschaffen werden soll. Eine Präjudizierung sei nur insoweit gegeben, als sich die Regierung von Schwaben dazu äußern werde, wie viel der Flächen sie zu diesem Zeitpunkt maximal anerkenne. In der konkreten Ausführungsplanung sei dann noch Spielraum nach oben oder unten gegeben.

Herr Püschel verweist darauf, dass für die nächsten drei Jahre Planungskosten in Höhe von jeweils 150.000 € eingesetzt werden sollen. Um diese Planungskosten überhaupt verwenden und in eine Planung einsteigen zu können, brauche man in einem ersten Schritt dieses Raumprogramm.

Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss stimmt dem fiktiven Raumprogramm für das Paul-Klee-Gymnasium in Gersthofen (Stand 7.11.2013) zu.
2. Die Schulverwaltung wird beauftragt, bei der Regierung von Schwaben für dieses fiktive Raumprogramm die schulaufsichtliche Genehmigung zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

Von **Stellvertreter des Landrats Strehle** wird Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung in öffentlicher Sitzung aufgerufen.

TOP 7	Leonhard-Wagner-Schulen Schwabmünchen; Busausfahrt Breitweg Vorlage: 13/0343
--------------	---

Anlagen: 1 Lageplan Verkehrskonzept, Büro Grontmij, Stand 2.9.13
1 Schreiben Stadt Schwabmünchen 31.10.2013

Sachverhalt:

Der Schul- und Kulturausschuss befasste sich am 17.5.2011 erstmals eingehender mit der Situation der Bushaltestellen an den Leonhard-Wagner-Schulen. Hintergrund war, dass gerade morgens ein Großteil der Schulbusse nicht direkt an den vorhandenen Schulbushaltestellen vor den Schulen halten, sondern an dafür durch die Stadt Schwabmünchen eingerichteten Schulbushaltestellen am Breitweg. Diese Situation ist entstanden, weil der morgendliche Busverkehr durch die zahlreichen Kraftfahrzeuge von Eltern, Lehrern und Schülern, die zur Schule fahren, behindert wird und dann die Umlaufpläne der Schulbusse nicht zuverlässig eingehalten werden können.

Ortseinsichten und Besprechungen ergaben, dass bauliche Lösungen gesucht werden sollten, den Busverkehr einerseits sicher vor den Schulen halten zu lassen, andererseits aber ohne Behinderung durch andere Verkehrsteilnehmer rasch abfahren zu lassen.

Von der Stadt Schwabmünchen wurde im Juli 2011 an das Planungsbüro Modus Consult, Ulm, ein entsprechender Planungsauftrag zur Entwicklung von Lösungskonzepten vergeben. Zuvor hatte der Landkreis Augsburg zugesichert, zwei Drittel der Planungskosten zu übernehmen.

Im Januar 2012 wurden vom Planungsbüro erste Ergebnisse vorgestellt. Daraufhin wurden weitere Anregungen dem Planungsbüro zur Entwicklung eines zusätzlichen Alternativkonzeptes gegeben. Das Ergebnis wurde den Schulen in einem gemeinsamen Termin Mitte April 2012 vorgestellt. Dabei wurde die Variante von allen Beteiligten als sinnvoll beurteilt, die eine zusätzliche Ausfahrt direkt nach Westen in den Breitweg schaffen soll. Eine solche Zufahrt zum Breitweg erfordert bauliche Veränderungen. In der Sitzung des Schul- und Kulturausschuss vom 22.5.2012 (Vorlage 12/016) wurden die Planungsvarianten vorgelegt.

Inzwischen wurde im Auftrag der Stadt Schwabmünchen eine Vorplanung durch das Büro Grontmij, Neusäß-Steppach, erstellt (Anlage 1). Die geplanten Maßnahmen werden auf Grundstücken der Stadt ausgeführt. Der Fußgängertunnel unter dem Breitweg bliebe erhalten.

Mit Schreiben vom 31.10.2013 hat sich nun der Bürgermeister der Stadt Schwabmünchen, Lorenz Müller, an den Landkreis gewandt (Anlage 2) und um finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung dieser Maßnahme gebeten. Die der Stadt vorliegende Kostenschätzung geht von Bruttobaukosten in Höhe von 175.800 € aus. Sollten davon vom Landkreis wie bisher bei der Planung 2/3 übernommen werden, was sich aus dem Verhältnis der Schülerzahlen Mittelschule und Landkreis Schulen (Gymnasium / Realschule) herleiten lässt, wären dies 117.200 €, die der Landkreis nach jetzigem Stand zu tragen hätte.

Finanzielle Auswirkungen:			
<input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein		Veranschlagung im laufenden Haushaltsjahr:	
		<input type="checkbox"/> im Verw.HH:	<input type="checkbox"/> im Verm.HH:
		HhSt.	HhSt.
		€	€
Gesamtkosten der Maßnahme/n (Beschaffungs-/Herstellungskosten):	Jährliche Folgekosten/Folgekosten: <input type="checkbox"/> keine	Gesamtfinanzierung	Gesamtfinanzierung
€	€	Eigenanteil:	Einnahmen (Zuschüsse, Beiträge etc.):
		€	€

Bemerkungen:

Herr Falkenhein erläutert den Sachverhalt.

Anschließend teilt **Kreisrat Buhl** mit, dass man nun seit über fünf Jahren an dieser Thematik dran sei. Aufgrund der Tatsache, dass viele Schüler morgens mit dem „Mama-Taxi“ gebracht werden, hätten die Busse durch das Einfahren in das Gelände bzw. das Herausfahren einige Minuten Zeit verloren, obwohl dort eigentlich ein optimaler Busbahnhof mit zehn Haltestellen vorhanden sei. Viele Schüler seien deshalb zu spät an der Schule angekommen. Landrat Sailer habe sich mit ihm zusammen bei einem Ortstermin von der Situation überzeugt und damals schon eine Beteiligung des Landkreises signalisiert, wenn man dort eine Verbesserung erreichen könne. Es sei dann für ein paar Monate ein Versuchsverkehr eingerichtet worden. Die Situation sei daraufhin zwar sicherer und besser, jedoch aufgrund von Verzögerungen ohne weitere bauliche Ideen so nicht durchführbar gewesen.

Die Stadt Schwabmünchen habe alle Schulwege in einem Gutachten beurteilen lassen und sei ebenfalls zu der Ansicht gekommen, dass etwas getan werden müsse. Kreisrat Buhl erklärt, er sei dankbar dafür, dass die Stadt Schwabmünchen den Ball aufgegriffen habe und man nun konkrete Maßnahmen vorgeschlagen bekomme. Für ihn sei die Landkreisbeteiligung im Sinne der Schüler positiv. Nun habe man endlich etwas Konkretes und sollte deshalb zuschlagen.

Auch **Kreisrätin Huber** bezeichnet die bisherige Situation beim Ein- und Aussteigen am Breitweg als relativ schwierig. Auf Anregung von Herrn Buhl sei damals von Landrat Sailer erklärt worden, dass niemand mehr am Breitweg aussteigen dürfe. Durch die Verlegung in den Hof sei das Chaos dann komplett gewesen. Daraufhin sei zusammen mit der Fa. Stuhler und den Lehrern lange überlegt worden, wie die Ein- und Ausfahrten gemacht werden kön-

nen. Die jetzige Lösung sei eine gute Lösung, jedoch bei weitem keine reibungslose Geschichte, da immer noch Schüler die Busein- und -ausfahrten queren müssten. Die Stadt Schwabmünchen versuche nun, von Norden her noch einen weiteren Zugang für die Schüler zu schaffen. Für sie persönlich wäre es ideal gewesen, die Zu- und Abfahrten für die Busse 400 m weiter nach Norden zu verlegen, so Kreisrätin Huber. Dies sei jedoch leider nicht finanzierbar. Der jetzige Weg könne als gangbar und vernünftig für den Landkreis und die Stadt Schwabmünchen angesehen werden. Es wäre außerdem erfreulich, wenn die Kostenaufteilung wie vorgeschlagen erfolgen könnte.

Nachdem sich zu dieser Vorgehensweise kein Widerspruch erhebt, kann der Beschluss laut **Herrn Püschel** nun auch in öffentlicher Sitzung gefasst werden.

Beschluss:

1. Der Schul- und Kulturausschuss stimmt der von der Stadt Schwabmünchen vorgelegten Planung einer zusätzlichen Ausfahrt vom Schulgelände der Leonhard-Wagner-Schulen auf den Breitweg zu.
2. Vorbehaltlich der Haushaltsplanung wird einer Kostenbeteiligung durch den Landkreis von 2/3 der Baukosten zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die nach jetzigem Stand benötigten Mittel als Investitionskostenzuschuss in Höhe von 117.200 € für den Haushalt 2014 anzumelden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	0

TOP 4 Verschiedenes

- keine Vorlagen -

TOP 5 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Buhl bringt die Haltestellensituation im Landkreis zur Sprache.

Herr Püschel teilt mit, Herr Dr. Michale benötige hierfür noch etwas Zeit und werde im nächsten Kreisausschuss zum Stand der Dinge berichten. Die Abfrage bei den Gemeinden sei gelaufen. Nun gehe es um die Frage der Standards, und zwar unterteilt in verschiedene Haltestellentypen unter Einbeziehung der Frequentierung.

Außerdem bedankt sich **Kreisrat Buhl** beim Landkreis für die tolle Veranstaltung in der Singoldhalle zum Thema Inklusion. Er könne nicht nachvollziehen, dass jemand hier von einer Showveranstaltung gesprochen habe. Der „Show“ sei ein Arbeitsgespräch vorausgegangen, in das sich alle hätten einbringen können. In diesem Arbeitsgespräch sei festgelegt worden, wie diese aussehen soll. Er könne den Landkreis – gerade in seiner Eigenschaft als Bezirksrat – nur ermutigen, in diesem Sinne weiterzumachen.

Stellvertreter des Landrats Strehle dankt für diese Klarstellung, nachdem es im Vorfeld einige Irritationen gegeben hat.

Kreisrätin Huber fragt nach, wann zum letzten Mal schwäbische Häuser prämiert wurden und wann die nächste Prämierung „Vorbildliches Bauen“ stattfinden wird.

Herr Falkenhein berichtet, dass der Wettbewerb „Vorbildliches Bauen“ im nächsten Jahr wieder zur Auslobung kommen und die Prämierung schwäbischer Häuser damit erst wieder 2015 durchgeführt werden soll.

47. Sitzung des Schul- und Kulturausschusses 26.11.2013